

IRAN UND KASPISCHER RAUM DER KONFLIKT MIT GEORGIEN

■ ANALYSE		
	Russlands Iran-Dilemma. Carol R. Saivetz, Cambridge, MA	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Russen über das iranische Nuklearprogramm: eine amerikanische Umfrage	5
■ ANALYSE		
	Russlands Politik gegenüber der Kaspischen Region und die Beziehungen mit dem Iran. Arbakhan Magomedov, Uljanowsk	6
■ UMFRAGE		
	Russland-Georgien 2006. Ein Konflikt im Spiegel von Meinungsumfragen	9
■ CHRONIK		
	Vom 28. September bis zum 5. Oktober 2006	14



Analyse

Russlands Iran-Dilemma

Carol R. Saivetz, Cambridge, MA

Zusammenfassung

Am 22. August 2006 lehnte Teheran ein gemeinsames europäisch-amerikanisches Angebot ab, die Anreicherung von Uran zu beenden, und ließ das Ultimatum des UN-Sicherheitsrates verstreichen. Jetzt ist es an den Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland zu entscheiden, ob sie so genannte weiche oder harte Sanktionen gegen den Iran verhängen wollen.

Die russische Iranpolitik befindet sich damit in einem Dilemma. Bis Ende 2005 hatte Russland gehofft, indem es Sanktionen gegen den Iran blockierte, könne es den Vertrag zum Bau des Nuklearreaktors in Buschehr erhalten, gleichzeitig aber den Iran daran hindern, Nuklearwaffen zu entwickeln. In dem Maße, in dem die internationale Besorgnis über das Atomprogramm des Iran zunahm, wurde die Situation schwieriger. Die Brüskierung des Sicherheitsrates durch den Iran wird es Moskau in Zukunft schwerer machen, diese widersprüchliche Politik beizubehalten.

Der Faktor Wirtschaft

Der Iran bedeutet für Russland ein gutes Geschäft; er ist ein großer Markt für russische Waffen, Metalle und Nukleartechnologie. Während der späten Gorbatschow-Ära wurden Waffengeschäfte im Wert von über 1 Mrd. US-Dollar abgeschlossen, wie der Verkauf von MiG-29 und Suchoi-24 Jagdflugzeugen und von U-Booten der Kilo-Klasse. Nachdem er Präsident geworden war, kündigte Wladimir Putin im März 2000 die Gore-Tschernomyrdin-Vereinbarung, die russische Waffenverkäufe an den Iran begrenzte, und im Jahr 2001 wurden Verträge über weitere Waffenverkäufe Russlands an den Iran unterzeichnet, im Umfang zwischen 2 Mrd. und 7 Mrd. US-Dollar. Kürzlich vereinbarte Russland den Verkauf von Schnellbooten, einer Aufrüstung von Jagdflugzeugen aus russischer Produktion und bezeichnenderweise den Verkauf von 30 Tor M-1 Raketen, die als Verteidigungswaffe gegen Flugzeuge und Raketen in niedriger und mittlerer Höhe dienen. Wedomosti zufolge hat alleine das Geschäft mit den Tor M-1 Raketen einen Umfang von ungefähr 900 Mio. US-Dollar.

Der Vertrag aber, der für Russlands finanzielle Interessen im Iran vielleicht den höchsten Symbolwert hat, ist der Vertrag über 1 Mrd. US-Dollar zur Fertigstellung des Atomreaktors in Buschehr. Alexander Rumjanzew, ehemaliger russischer Minister für Atomenergie, hat mehrmals unterstrichen, dass das Projekt nicht nur für Rosatom (die russische Atomenergieagentur, ehemals Minatom) ein lukratives Geschäft ist, sondern auch für viele Privatfirmen. Bei einem Besuch in Teheran im Dezember 2002 behauptete Rumjanzew, dass 1.200 Wissenschaftler und Auftragnehmer aus der ehemaligen Sowjetunion in Buschehr arbeiten, von denen mindestens 60%

Russen sein. Einem Iswestija-Bericht zufolge hat das Buschehr-Projekt mindestens 300 Firmen vor dem finanziellen Ruin gerettet, während die Website gazeta.ru schätzt, dass Russland 500 Mio. US-Dollar jährlich verlieren würde, wenn das Projekt nicht zu Ende geführt wird.

Die politische Dimension

Auf der politischen Seite der Gleichung haben mehrere Faktoren den Iran zu einem zentralen Thema russischer Außenpolitik gemacht. Erstens war Putin bei seinem Amtsantritt entschlossen, Russlands Großmachtstatus wiederherzustellen: Anfangs strebte er danach, „strategische Beziehungen“ zu Indien und China auszubauen, dann versuchte er, sich beim Krieg gegen den Terror mit den USA zu verbinden. Dies brachte aber kaum außenpolitischen Profit: Innerhalb einiger Monate kündigte Präsident Bush den Antiraketenvertrag und unterstützte die zweite Runde der NATO-Erweiterung. Die Grenzen russischen Einflusses wurden noch einmal deutlich gemacht als es Putin nicht gelang, den US-geführten Krieg gegen den Irak zu verhindern, trotz einer Quasi-Allianz mit Deutschland und Frankreich.

Zweitens hat das russische außenpolitische Establishment in den 15 Jahren seit dem Zusammenbruch der UdSSR den Iran als verantwortlichen Partner in Zentralasien gesehen, wo der Iran bei den Verhandlungen, um den Bürgerkrieg in Tadschikistan zu beenden, behilflich war, und wo Russland und Iran zusammen gegen die Taliban standen. Kürzlich ist der Iran von Russland und China eingeladen worden, an den Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit als Beobachter teilzunehmen. Im Kaukasus haben sowohl Moskau

als auch Teheran Armenien bei seinem Konflikt mit Aserbaidschan unterstützt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Russland hofft außerdem immer noch, dass es die Zustimmung des Iran für eine Grenzziehung im Kaspischen Meer, die die Gewinnung von Ressourcen regelt, erhalten kann.

In den letzten sechs Monaten sind schließlich weitere politische Erfordernisse hinzugekommen. Ermutigt durch den dramatischen Preisanstieg von Öl und Erdgas und durch die Konsolidierung der Macht während Putins zweiter Amtszeit, fängt Moskau an, seine Rolle im Mittleren Osten insgesamt zurückzuerlangen. Moskau möchte vor dem Hintergrund der anhaltenden Unruhen im Irak um jeden Preis einen zweiten US-geführten Krieg, dieses Mal gegen den Iran, verhindern. Eine militärische Aktion gegen den Iran würde eine bedeutende Niederlage für die russische Außenpolitik darstellen und könnte dramatische Instabilitäten entlang der Grenzen der ehemaligen Sowjetunion herbeiführen.

Russlands diplomatischer Tanz: 2003–2005

Seit Juni 2003 ist der Widerspruch zwischen internationaler Besorgnis über die nuklearen Absichten des Iran und Russlands Entschlossenheit, den Reaktor in Buschehr fertig zu stellen, immer deutlicher offenkundig geworden. Als die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) zum Schluss kam, dass der Iran gegen die Auflagen zur Nichtverbreitung von Atomwaffen verstieß, kündigte Russland an, dass die Fertigstellung des Reaktors bis 2005 aufgeschoben würde und dass Moskau nur atomaren Brennstoff für Buschehr liefern würde, wenn der Iran einer Rücklieferung aller abgebrannten Brennstäbe nach Russland zustimmen würde. Russlands Erleichterung war augenfällig, aber nur von kurzer Dauer, als der Iran am 18. Dezember 2003 ein Zusatzprotokoll unterzeichnete, in dem er sich verpflichtete, die Anreicherung von Uran auszusetzen und unangekündigte Inspektionen zuzulassen. 2004 gab es neue Enthüllungen über geheime nukleare Aktivitäten; unter starkem europäischen Druck, kündigte der Iran am 14. November 2004 an, dass er weiterhin die Anreicherung von Uran aussetzen würde, im Gegenzug erfolgte eine europäische Erklärung, dass der Iran das Recht auf ein ziviles Nuklearprogramm habe und Zusagen technischer Hilfe. Damit hatte Russland grünes Licht, um im Februar 2005 die bilaterale Vereinbarung zu unterzeichnen, die die Rücklieferung verbrauchter Brennstäbe nach Russland vorsah.

Nichtsdestotrotz wurden die Bauarbeiten in Buschehr wieder von internationalen Sorgen über iranische Absichten eingeholt. Als iranische Beamte am 9. August 2005 in der Gegenwart von Vertretern der IAEO die Siegel in Isfahan entfernten, war die

russische Reaktion zuerst mehrdeutig und darauf ausgerichtet, die Fortsetzung der Arbeiten in Buschehr zu gewährleisten. Nach einer Woche jedoch gab das Außenministerium eine eindeutige Erklärung ab und forderte, dass der Iran Konversionsaktivitäten einstellen und zum Verhandlungstisch zurückkehren sollte. Am 24. September 2005 beschloss die IAEO, mit Stimmenthaltung Russlands, Fragen zu den nuklearen Aktivitäten des Iran an den Sicherheitsrat weiterzuleiten. Nach der Abstimmung bemerkte Rumjanzew:

„Wir haben Verständnis dafür, dass der Iran als Land, das den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat, jedes Recht hat, einen Kernbrennstoffkreislauf in Gang zu setzen. ... Wir empfehlen dies aber nicht. ... Russland wird seine Zusammenarbeit mit dem Iran nicht aufgeben. Wenn das internationale Recht rechtliche Einschränkungen einer solchen Kooperation einführen sollte, werden wir uns an solche Einschränkungen halten. ... Es ist völlig in Ordnung, Geld mit rechtmäßigen Geschäften zu verdienen, und im Augenblick gibt es keinen Grund, unsere Zusammenarbeit [mit dem Iran] einzuschränken“.

Die aktuelle Krise

Sobald die iranische Frage auf der Agenda des Sicherheitsrates war, versuchte Russland sich als Vermittler zwischen dem Iran und dem Westen zu etablieren – ein Schachzug, der Moskaus globalen Status verbessern würde. In den Worten von Alexei Arbatow „möchte Russland globalen Einfluss bekommen, indem es inmitten wachsender Spannungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt als Vermittler auftritt“. Teilweise, um das Projekt in Buschehr zu schützen, machte Russland den Vorschlag für ein joint venture mit dem Iran zur Anreicherung von Uran auf russischem Boden. Die erste iranische Antwort war bestenfalls unklar, und der Iran nahm die Anreicherung von Uran wieder auf, indem er die Siegel von der Anlage in Natanz entfernte, in Anwesenheit von Inspektoren der IAEO. Der russische Außenminister Sergei Lawrow drückte sein „Besorgnis“ über iranische Aktionen aus: Interessanterweise bestätigte er Moskaus schwierige Aufgabe in einem Interview mit dem Radiosender „Echo Moskwy“ implizit und erkannte internationales Misstrauen hinsichtlich der wahren Ziele des Iran ausdrücklich an. Unter anderem bemerkte er, dass die wiederholten gegen Israel gerichteten Erklärungen des iranischen Präsidenten „Öl ins Feuer gießen“ und „denjenigen, die der Meinung sind, dass der Iran nur durch den Sicherheitsrat der UNO angesprochen werden kann, Argumente liefern“.

Als der Gouverneursrat der IAEO entschied, den Iran dem Sicherheitsrat zu melden, kündigte Teheran das Ende der freiwilligen Kooperation mit der

IAEO an und bestätigte am 14. Februar, dass es die Anreicherung von Uran wieder aufgenommen hatte. Am 11. April verkündete der Iran, dass er erfolgreich Uran angereichert hatte und Mitglied des nuklearen Klubs geworden war; darüber hinaus lehnte er formell den russischen Vorschlag ab. Während der Treffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit drängte Russland (wie auch China) den Iran, das westliche Angebot wirtschaftlicher Hilfe anzunehmen und Verhandlungen zu beginnen; russischen Quellen zufolge versprach der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad Putin, dass der Iran rasch reagieren würde. Im Vorfeld der G-8 Treffen gab es enormen Druck auf Russland zu zeigen, dass es mit den anderen führenden Nationen der Welt kooperiert. Am 12. Juli beschlossen die Außenminister der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschlands, das Nuklearprogramm des Iran an den Sicherheitsrat zu verweisen.

In Anbetracht der Übereinkunft vom 12. Juli und der Erklärung der G-8, dass der Iran mit der internationalen Gemeinschaft arbeiten sollte, um die nukleare Frage zu klären, hätte man denken können, dass Russland sich endlich dem US-amerikanischen und europäischen Druck gebeugt hatte. Innerhalb von wenigen Tagen jedoch schien es, als ob Moskau zurückrudere, als es wiederum angekündigte, dass es Sanktionen ablehnt. Es gab Spekulationen, dass russische Regierungsvertreter einen Rückzieher gemacht hatten, um jede Möglichkeit eines Militärschlages zu verhindern. Die darauf folgende Resolution 1696 des Sicherheitsrates der UNO verlangte, dass der Iran den Forderungen der IAEO, die Anreicherung von Uran einzustellen, nachkommen und strengere Inspektionen implementieren solle, um die versprochene US-amerikanische und europäische Wirtschaftshilfe zu erhalten. Wie erwähnt, reagierte Teheran am 22. August 2006 auf das gemeinsame europäisch-US-amerikanische Angebot wirtschaftlicher Anreize, indem es „ernsthafte Gespräche“ vorschlug, aber ablehnte, die Anreicherung von Uran zu beenden. Das Ultimatum, das durch die Resolution Nr. 1696 des UN-Sicherheitsrates auf den 31. August festgelegt war, ließ der Iran verstreichen.

Am 26. August weihte Präsident Ahmadinedschad einen Schwerwasserreaktor ein und wiederholte, dass der Iran sein Recht auf die Entwicklung nuklearer Technologie nicht aufgeben würde. Am 31. August berichtete die IAEO dem Sicherheitsrat, dass der Iran weiterhin kleine Mengen Uran anreichterte, und, was vielleicht wichtiger war, dass Spuren hoch angereicherten Urans entdeckt worden waren, deren Marker nicht mit den Markern pakistanischen Urans übereinstimmten, das bis dahin gefunden worden war. Nach dem Ablauf des Ultimatums werden die Mitglieder

des Sicherheitsrates jetzt entscheiden müssen, wie weiter verfahren wird und ob jetzt entweder so genannte weiche oder harte Sanktionen gegen den Iran verhängt werden oder nicht.

Diese unklare Lage sorgt dafür, dass sich Russland in einer an sich widersprüchlichen Situation befindet. Auf der einen Hand drücken russische Sprecher ihr Bedauern darüber aus, dass sich der Iran nicht an die Resolution des Sicherheitsrates hielt, während andererseits Außenminister Lawrow ein weiteres Mal Russlands Abneigung gegen Sanktionen wiederholte. Vor allem lehnte er ausdrücklich jeden Regimewechsel in Teheran ab:

„[Es] geht hier nicht um das Schicksal des Iran. Das Schicksal des Iran ist in den Händen des iranischen Volkes. Wir reden hier darüber, dass wir das System einer dauerhaften Nichtverbreitung von Nuklearwaffen absichern wollen, während wir gleichzeitig die Rechte jedes Landes auf die friedliche Entwicklung der Nuklearenergie respektieren, das sich an der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen beteiligt. ... Jetzt diskutieren wir, mit welchen Methoden wir diese Ziele erreichen werden. Wir werden viele Optionen zulassen, aber nur diejenigen, die uns unser Ziel erreichen lassen – welches ich erwähnt habe – aber nicht diejenigen, die uns daran hindern.“

Seitdem hat Russland angedeutet, dass es Sanktionen in Erwägung ziehen könnte, hoffte aber immer noch, dass der Iran eine flexiblere Position einnehmen würde. Vielleicht sollte man die letzten Worte Lawrow und Putin überlassen. In dem Interview vom 11. September für Wremja Nowostej drückte Lawrow die Hoffnung aus, dass internationale Bemühungen zu einem Ergebnis führen würden. Putin bemerkte bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten und Wissenschaftlern, dass, da der Iran in seiner Verfassung die Zerstörung anderer Staaten festgeschrieben hat, Russland die Iraner bittet, „einige Alternativen“ in Erwägung zu ziehen.

Eine Wende in der russischen Politik ...?

Der russische Zickzackkurs der letzten Monate könnte darauf hinweisen, dass es für Moskaus Geduld gegenüber dem Iran Grenzen gibt. Bevor die Iranfrage an den Sicherheitsrat verwiesen wurde, konnte Russland seine widersprüchlichen Politikansätze gleichzeitig verfolgen. Irans Streben nach regionalem Supermachtsstatus – einer Supermacht mit Nuklearwaffen – schränkt Moskaus Manöverraum jedoch ein. Selbst wenn Moskau seine Verbindungen zum Iran benutzt, um den US-amerikanischen Unilateralismus zu dämpfen und sich von neuem als bedeutender Akteur im Mittleren Osten zu etablieren, ist ein erstarkter Iran mit nuklearen Waffen auf mehreren Ebenen eine riesige Gefahr für Russland. Als aufstrebende

Regionalmacht könnte der Iran anfangen, seinen Einfluss auf die muslimischen Regionen der ehemaligen Sowjetunion auszuweiten. Eine noch größere Gefahr, die vielleicht durch den Krieg zwischen der Hisbollah und Israel angedeutet wurde, ist, dass ein erstarkter Iran eine Rolle im Mittleren Osten als ganzes sucht. Zu guter Letzt könnte ein Iran mit Atomwaffen einen Präventivschlag seitens der USA auslösen; ein solches

Szenario ist trotz des anhaltenden Konfliktes im Irak anscheinend in Washington diskutiert worden. In Anbetracht von Russlands starken Interessen im Iran – sowohl als lukrativer Markt als auch als Mittel, um Russlands internationales Prestige aufzupolieren – würde jegliche Militäraktion gegen den Iran eine enorme Niederlage für Moskau darstellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über die Autorin:

Carol R. Saivetz ist Research Associate am Davis Centre for Russian and Eurasian Studies an der Harvard Universität, Cambridge, MA, USA.

Lesetipp:

- Robert O. Freedman, „Putin, Iran and the Nuclear Weapons Issue,“ in: Problems of Post-Communism 53.2006, No. 2, S. 39–48.
- T.J. Colton; M. Goldman; C.R. Saivetz; R. Szporluk: Russia in the Year 2004, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 1, S. 1-25.
- C.R. Saivetz: Making the Best of a Bad Hand: An Assessment of Current Trends in Russian Foreign Policy, in: Post-Soviet Affairs, 22.2006, Nr. 2, S. 166–188.

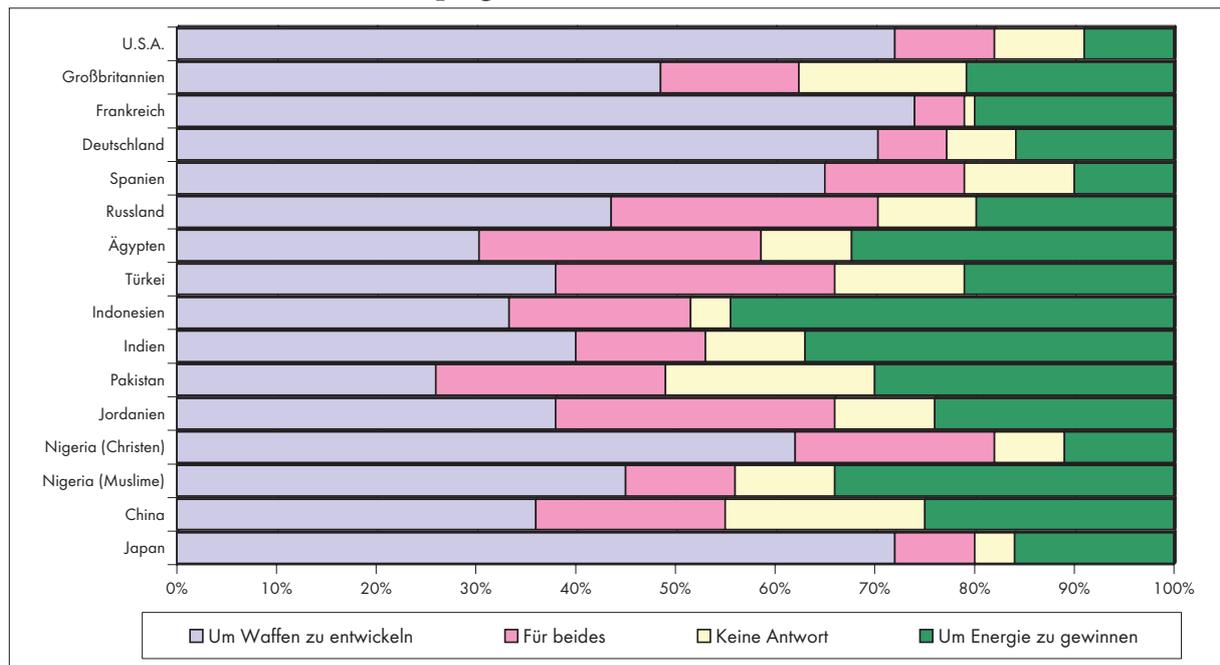
Tabellen und Grafiken zum Text

Russen über das iranische Nuklearprogramm: eine amerikanische Umfrage

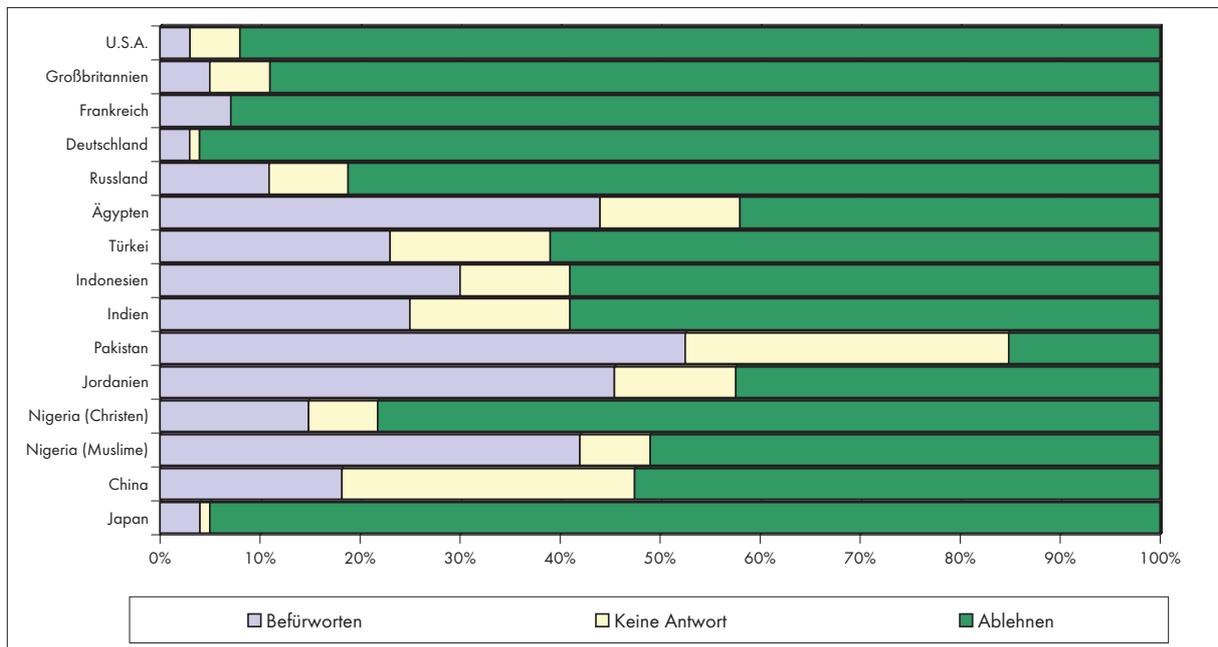
Wir führen hier die auf den Iran bezogenen Umfragedaten des Pew Global Attitudes Project noch einmal an. Mehr zu diesem Projekt und weitere Erhebungsdaten finden Sie in Russlandanalyse 109 <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen109.pdf>. Russische Umfragen zum Iran aus diesem Jahr gibt es in den Russlandanalysen 93 und 99 (<http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen93.pdf> bzw. <http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen99.pdf>).

Quelle: America's Image Slips, But Allies Share U.S. Concerns Over Iran, Hamas. No Global Warming Alarm in the U.S., China
<http://pewglobal.org/reports/pdf/252.pdf> 17. Juni 2006

Warum will der Iran ein Nuklearprogramm haben?



Würden Sie den Erwerb nuklearer Waffen durch den Iran befürworten oder ablehnen?



Analyse

Russlands Politik gegenüber der Kaspischen Region und die Beziehungen mit dem Iran

Arbakhan Magomedov, Uljanowsk

Zusammenfassung

Seit einigen Jahren wendet sich Russland wieder stärker der Kaspischen Region zu und schenkt dabei insbesondere den Beziehungen zum Iran seine Aufmerksamkeit. Allerdings war die Eröffnung der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline im Jahre 2006 ein Schlag gegen die russische Hegemonie in Raum des Kaspischen Meeres, da durch sie das russische Monopol im Energietransport durchbrochen wurde. In Reaktion darauf verstärkt Russland seine Militärpräsenz und denkt gemeinsam mit dem Iran über die Schaffung einer „Erdgas-OPEC“ nach.

Historischer und geographischer Kontext

Russland verfügte lange Zeit über ein Monopol beim Export von Energie aus der Region am Kaspischen Meer und baute sie noch aus. Im Jahre 2001 vollendete das Caspian Pipeline Consortium den Bau einer Pipeline vom Kasach-Tengis-Feld zum russischen Hafen Noworossijsk. Parallel dazu baute Russland die Blue-Stream-Erdgaspipeline von seinem Territorium in die Türkei.

Die kaspischen Länder hegten ihrerseits die Hoffnung, die Ressourcen des Meeres gemäß internationalem Recht aufteilen zu können, um so eine Militarisierung der Region zu vermeiden zu können. Diese Pläne zerschlugen sich jedoch mit dem Anfang des neuen Jahrzehnts und dem Regierungswechsel in Russland. Bei seinem Amtsantritt erklärte Präsident Wladimir Putin den kaspischen Raum zu einer priori-

tären Region der russischen Außenpolitik und ernannte Viktor Kaljushnij zu seinem Sonderbeauftragten im Range eines stellvertretenden Premierministers. Auch die USA nahmen seit den Anschlägen vom 11. September wieder größeres Interesse an der Kaspischen Region zu. Die Bemühungen, die Ressourcen des Gebietes nach internationalem Recht aufzuteilen, scheiterten im April 2002, als die kaspischen Staaten beim Gipfel von Aschgabat keine Lösung finden konnten. Bemühungen, die Gespräche wiederzubeleben, schlugen fehl.

Russlands Monopol wird zerstört

Im Jahre 2006 änderte sich die Lage in der Kaspischen Region dramatisch, als die Fertigstellung der Baku-Tiflis-Ceyhand-Pipeline Russlands Monopol auf den Transport von Energie in der Region durch-

brach. British Petroleum hatte das Projekt im September 2002 angekündigt, und der Bau hatte im Februar – März 2003 begonnen. Im Juni 2006 erreichte das erste Erdöl aus Aserbaidschan auf einer Route den türkischen Hafen, die Russland völlig umging. Die Pipeline war ein Schlag für russische Interessen in diesem Raum. Die Betreiber des Projektes verbargen im Übrigen niemals seine anti-russische und anti-iranische Ausrichtung und betonten, dass es aus strategischen und Sicherheitsgründen wichtig sei.

Militarisierung der Region

Russland reagierte auf diese Herausforderung. Auf der Heimreise vom fehlgeschlagenen Gipfel in Aschgabat besuchte Präsident Putin im April 2002 Astrachan. Dort erklärte er die Kaspische Region zu einer militärischen Schlüsselregion, in die Russland mehr militärische Ressourcen und Soldaten schicken werde. Im August 2002 führte die russische Kaspische Flottille ein Manöver von noch nie dagewesenem Umfang durch. Da Putin dieses Manöver sofort nach dem fehlgeschlagenen Gipfel von Aschgabat ankündigte, war es offensichtlich, dass die russische Führung Russlands militärische Vorherrschaft in der Region demonstrieren und die anderen kaspischen Staaten russischen Interessen gegenüber willfähriger machen wollte. Ein wichtiger Aspekt dieser Kriegsspiele war, dass die Streitkräfte die Verteidigung von russischen Energieressourcen im Kaspischen Meer simulierten. So befahl der Verteidigungsminister das Manöver von der Astra-Bohrplattform aus, die Lukoil gehört.

Seitdem hat Russland versucht, die Streitkräfte der kaspischen Länder zu koordinieren. Im August 2005 führten Russland und Kasachstan eine gemeinsame Übung namens „Kaspischer Anti-Terror“ im kasachischen Hafen Aqtau durch. Während eines Besuchs in Baku im Januar 2006 kündigte Verteidigungsminister Sergei Iwanow an, dass in der Zukunft am Kaspischen Meer ein neuer Militärblock geschaffen werden könnte. Er stellte sich diesen Block als einheitliche Struktur der fünf kaspischen Staaten vor: Aserbaidschan, Iran, Kasachstan, Russland und Turkmenistan.

Russland ist an der Schaffung einer militärischen Gruppe unter dem provisorischen Namen „Kasfor“ interessiert; es wird jedoch schwer für Russland, ein so ambitioniertes Programm durchzuführen. Die kaspischen Regierungen haben jedoch ihrerseits ein Wettrennen begonnen, da sie sich gegenseitig nicht trauen. Und sie suchen militärische Hilfe nicht nur von Russland,

sondern auch von den NATO-Staaten und China. Darüber hinaus destabilisiert auch der iranische Faktor die Situation am Kaspischen Meer. Als Teil ihres allgemeinen militärischen Programms expandiert die Islamische Republik auch in den Kaspischen Raum. Sie hat die Zahl ihrer Schiffe im Kaspischen Meer durch Überführungen vom Persischen Golf vergrößert. Außerdem verfolgt der Iran seit 2003 eine neue Politik im Tankerbau und plant, am Kaspischen Meer eine Tankerflottille zu bauen.

Die Schaffung einer Gasallianz mit dem Iran

Jenseits seiner militärischen Initiativen strebt Russland an, mit dem Iran exklusive Beziehungen bei der Erkundung und Förderung von Erdgas anzuknüpfen. Im Juni schlug Präsident Mahmud Ahmadinedschad Präsident Putin vor, den Preis für Erdgas, das nach Europa exportiert wird, gemeinsam festzusetzen. Putin unterstützte diese Initiative, da Moskau daran interessiert ist, das Erscheinen des Iran als neuem Wettbewerber auf dem Gasmarkt der Europäischen Union zu verhindern oder hinauszuzögern.

Die vereinigten Anstrengungen der beiden Länder reflektieren den Versuch, etwas wie eine „Erdgas-OPEC“ zu schaffen, in der die russische Energieriese Gazprom die Hauptrolle spielen würde. In diesem Kontext gehört auch, dass die russische Staatsduma im Juni eine bilaterale Vereinbarung mit Algerien ratifizierte, gemäß der Russland die algerische Schuld im Umfang von 4,7 Mrd. US-Dollar erließ. Im Gegenzug unterzeichnete das algerische Energieunternehmen Sonatrak eine umfassende Kooperationsvereinbarung mit Gazprom. Später erwarb Gazprom Anteile in einigen Firmen in der Erdgasindustrie in Libyen. Die iranische Führung und der Kreml, der durch Gazprom agiert, versuchen auf diese Weise, europäische Bemühungen, die Quellen für ihre Erdgasimporte zu diversifizieren, zu blockieren. Algerien, Libyen und der Iran sind genau die Lieferländer, die die Europäer als mögliche alternative Quellen zu russischem Gas genannt haben. Algerien liefert jetzt schon 30 Prozent der Gasimporte an Europa.

Es hat einige Vorteile für Russland, den Iran bei seinen Bemühungen, die amerikanische Blockade der iranischen Gasexporte in den europäischen Markt zu brechen, zu unterstützen. Insbesondere hofft Russland, dass der Iran weiterhin russische Bemühungen, seinen Einfluss in der Superregion Kaspisches Meer-Schwarzes Meer unterstützen wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über den Autor:

Professor Arbakhan Magomedov ist Inhaber des Lehrstuhls „Geschichte und Kultur“ an der Staatlichen Technischen Universität Uljanowsk.

Lesetipps:

- Yadviga Semikolenova, „Caspian Oil: Changing the World’s Energy Outlook,“ Beyond Transition Newsletter 17, No. 2 (April–June 2006): 11, <http://www.cefir.ru/index.php?l=eng&id=159>
- Jeronim Perovic, „From Disengagement to Active Economic Competition: Russia’s Return to the South Caucasus and Central Asia,“ Demokratizatsiya 13, No. 1 (Winter 2005): 61–85, http://findarticles.com/p/articles/mi_qa3996/is_200501/ai_n13640837

Erdölpipelines in der Kaspischen Region



UNCLASSIFIED

759738A1 4-02

Erdgaspipelines in der Kaspischen Region



Quelle: <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Caspian/Background.html>

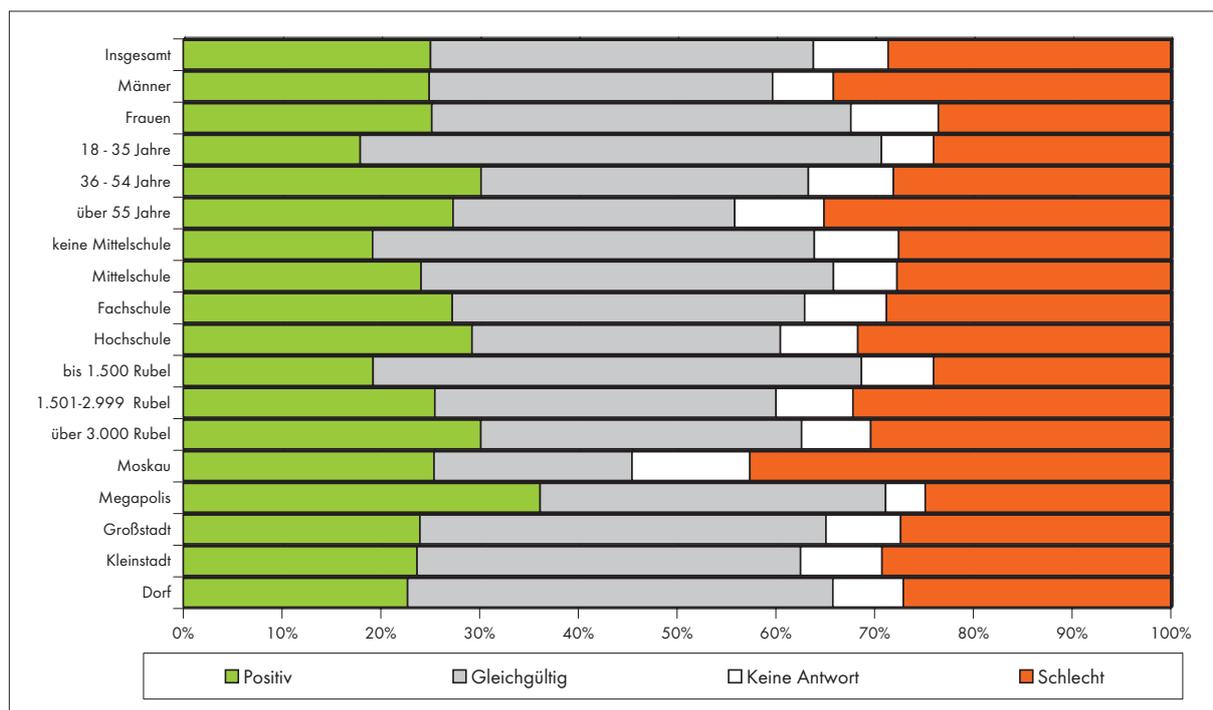
DI Cartography Center/MPG 761220A1 (C00480) 9-02

Umfrage

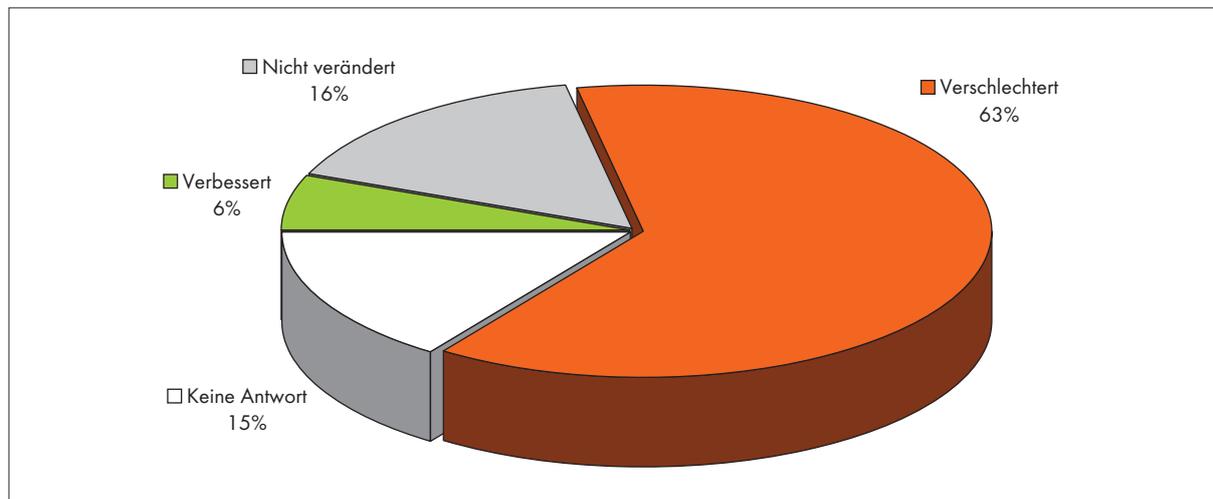
Russland-Georgien 2006. Ein Konflikt im Spiegel von Meinungsumfragen

Der Konflikt zwischen Russland und Georgien schwelt schon lange Zeit. Im Laufe dieses Jahres befragte die „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) eine repräsentative Auswahl russischer Bürger wiederholt über ihre Haltung zu Georgien und Einzelaspekten des Konflikts. Thematisiert wurde u.a. die Frage der Unabhängigkeit Südossetiens, das Weinimportverbot und die Lage in Abchasien. Südossetien und Abchasien sind Landesteile Georgiens mit einem hohen Anteil nichtgeorgischer Bevölkerung. In beiden Regionen haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Ablösung von Georgien auch gewaltsam durchsetzen wollen.

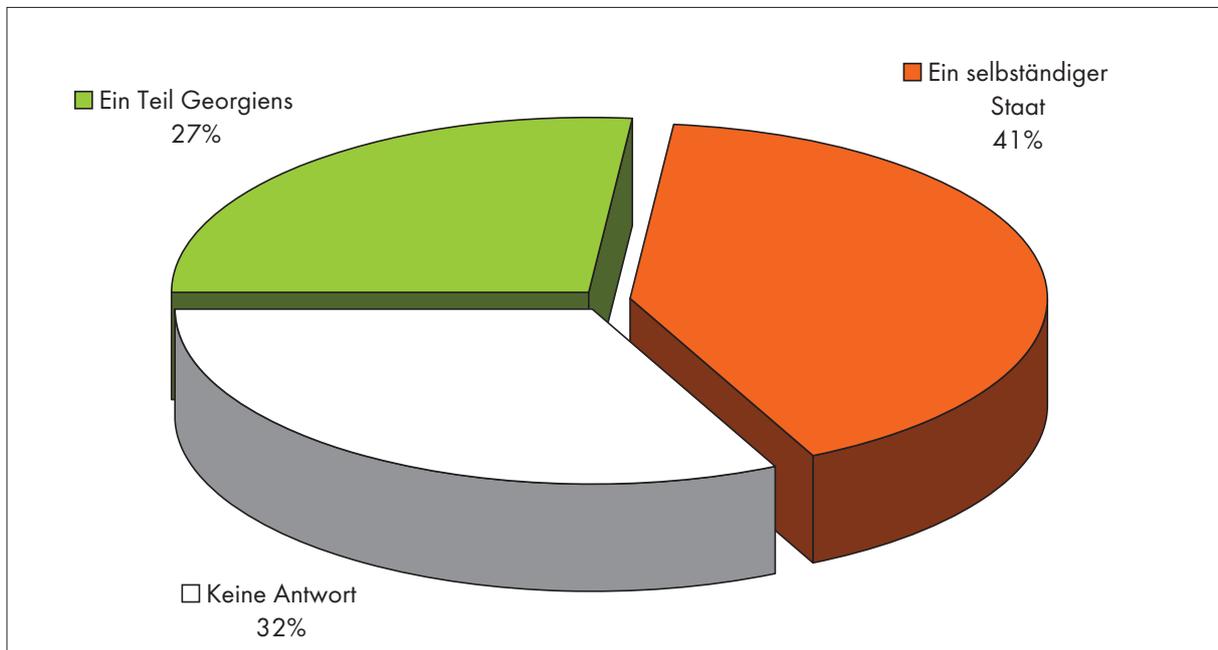
Wie ist Ihre persönliche Einstellung zu Georgien? (Februar 2006)



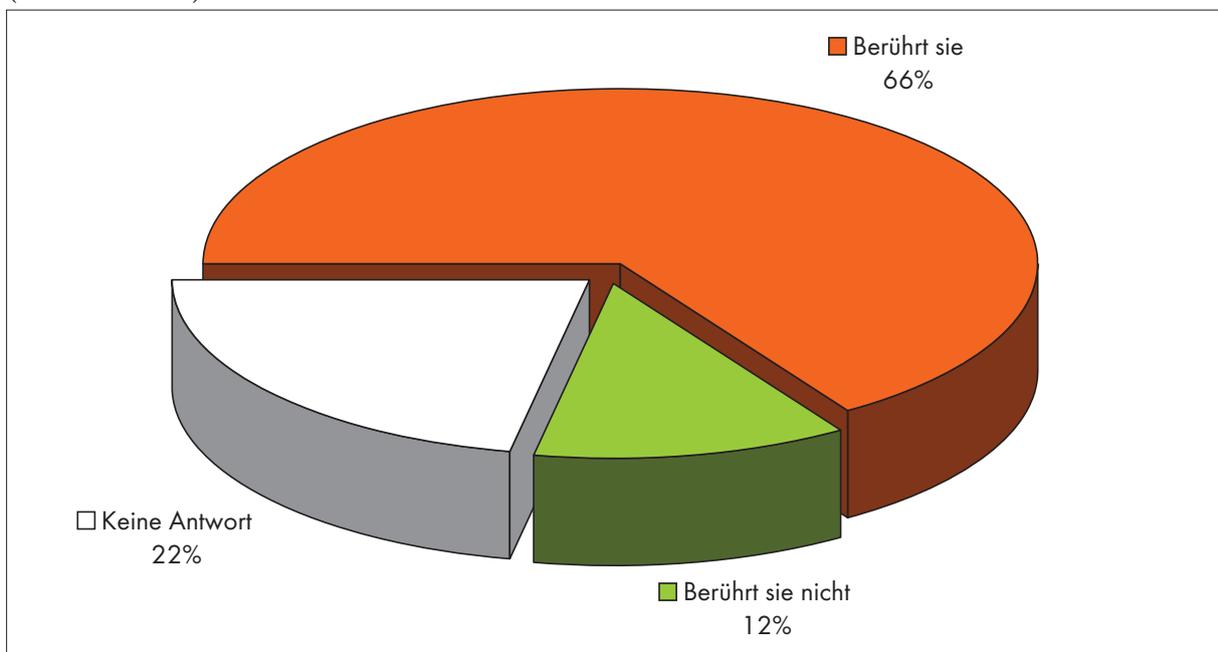
Haben sich die Beziehungen zwischen Russland und Georgien verbessert oder verschlechtert ? (Februar 2006)



Ist Südossetien heute ein Teil Georgiens oder ein selbständiger Staat? (Februar 2006)

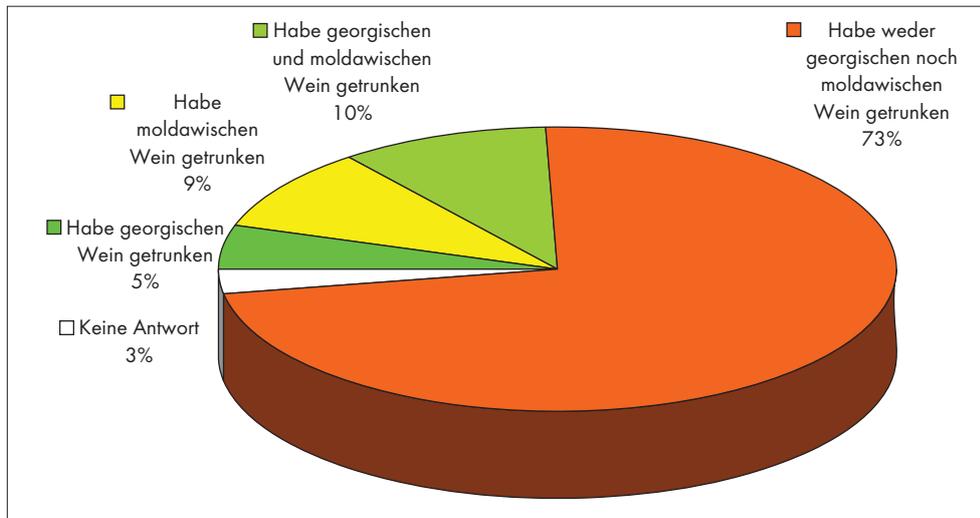


Berührt der Konflikt zwischen Südossetien und Georgien die Interessen Russlands? (Februar 2006)

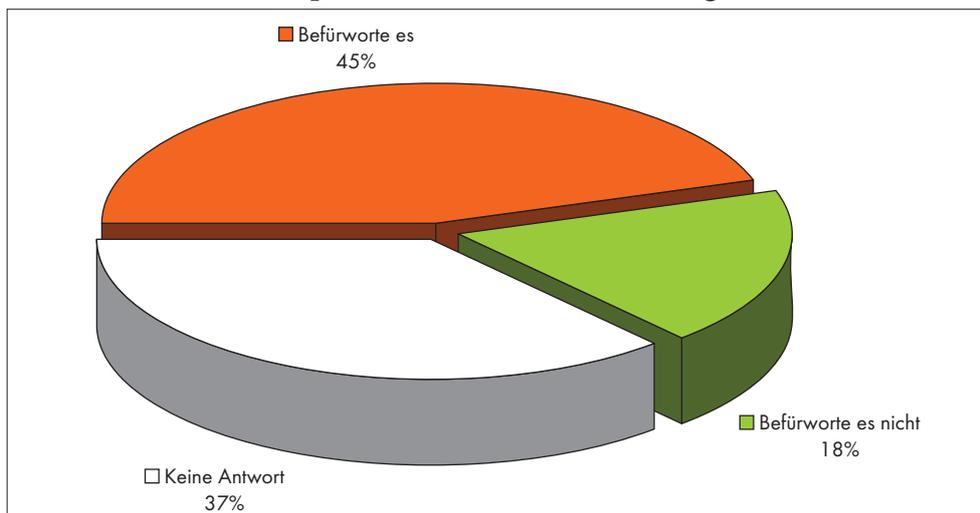


Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 18.–19.2. 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0608.zip>

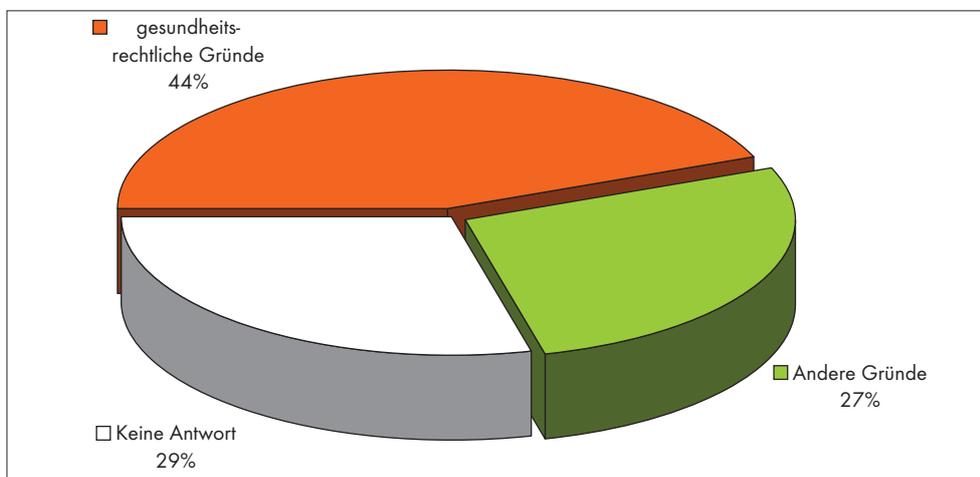
Haben Sie im letzten halben Jahr georgische oder moldawische Weine getrunken? (April 2006)



Befürworten Sie das Importverbot für Weine aus Georgien und Moldawien? (April 2006)

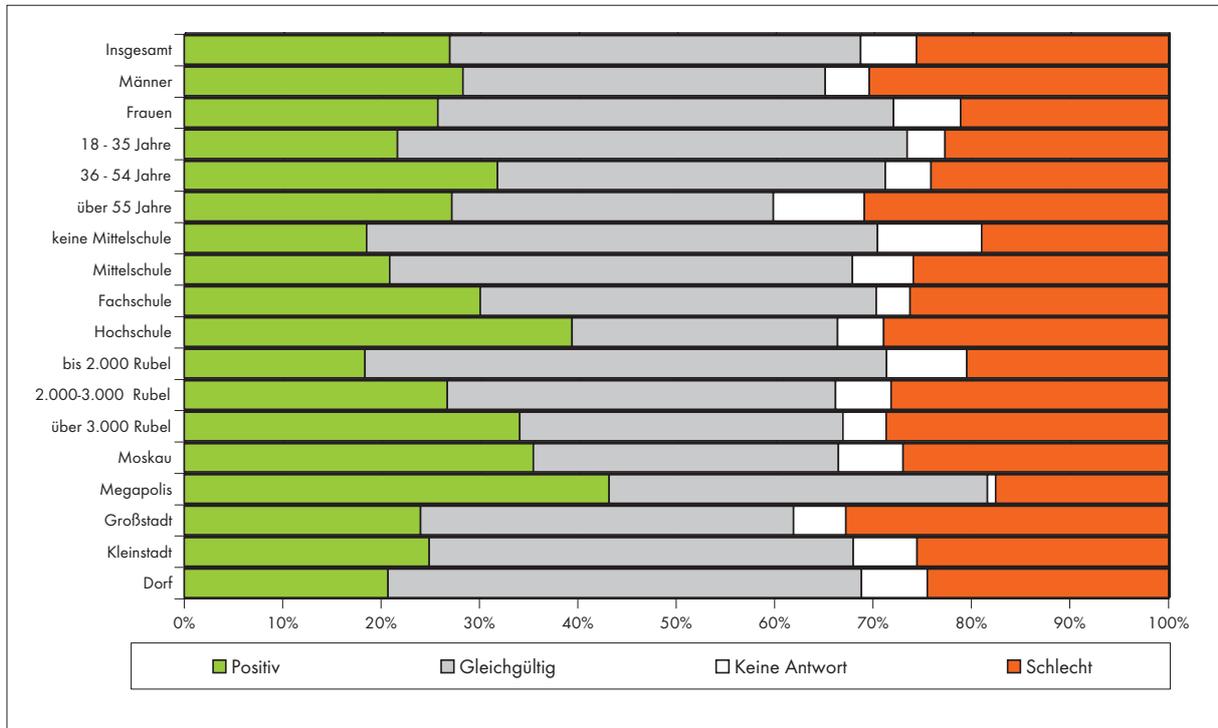


Wurde das Importverbot für georgische und moldawische Weine aus gesundheitsrechtlichen oder aus anderen Gründen ausgesprochen? (April 2006)

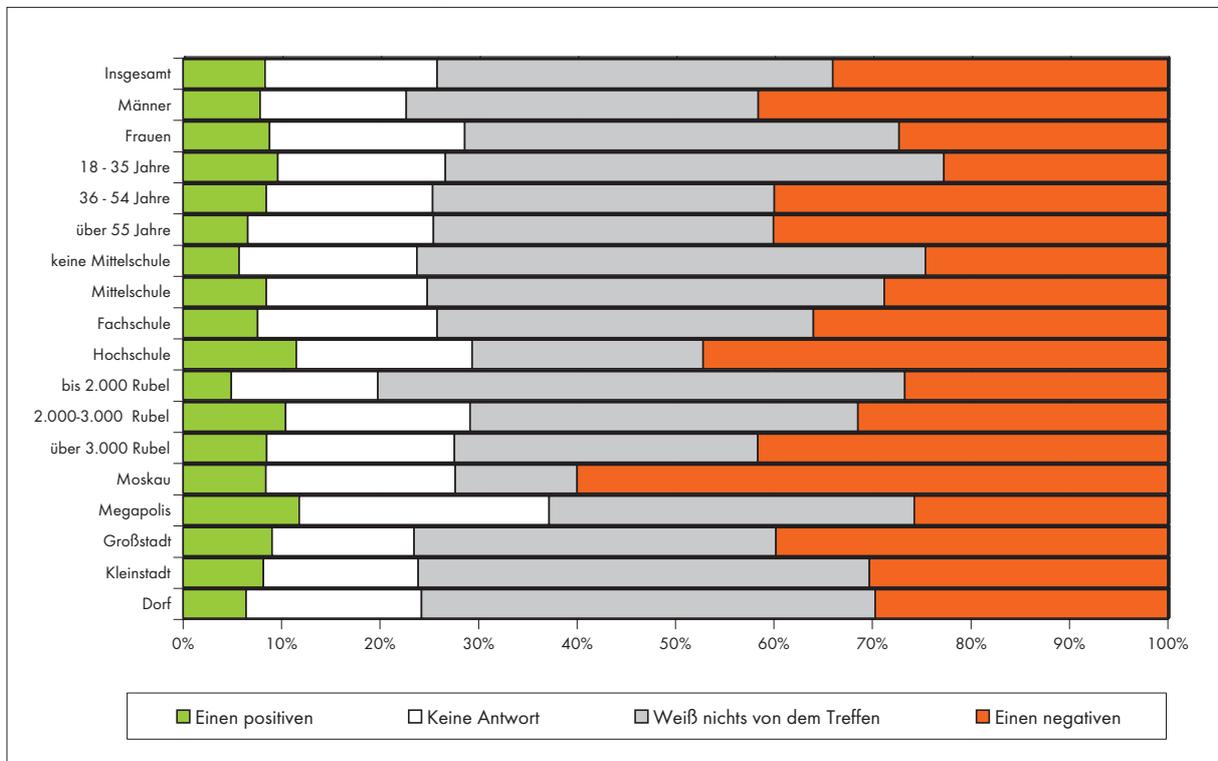


Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 22.–23.4. 2006
<http://bd.fom.ru/zip/tb0617.zip>

Wie ist Ihre persönliche Einstellung zu Georgien? (Juni 2006)

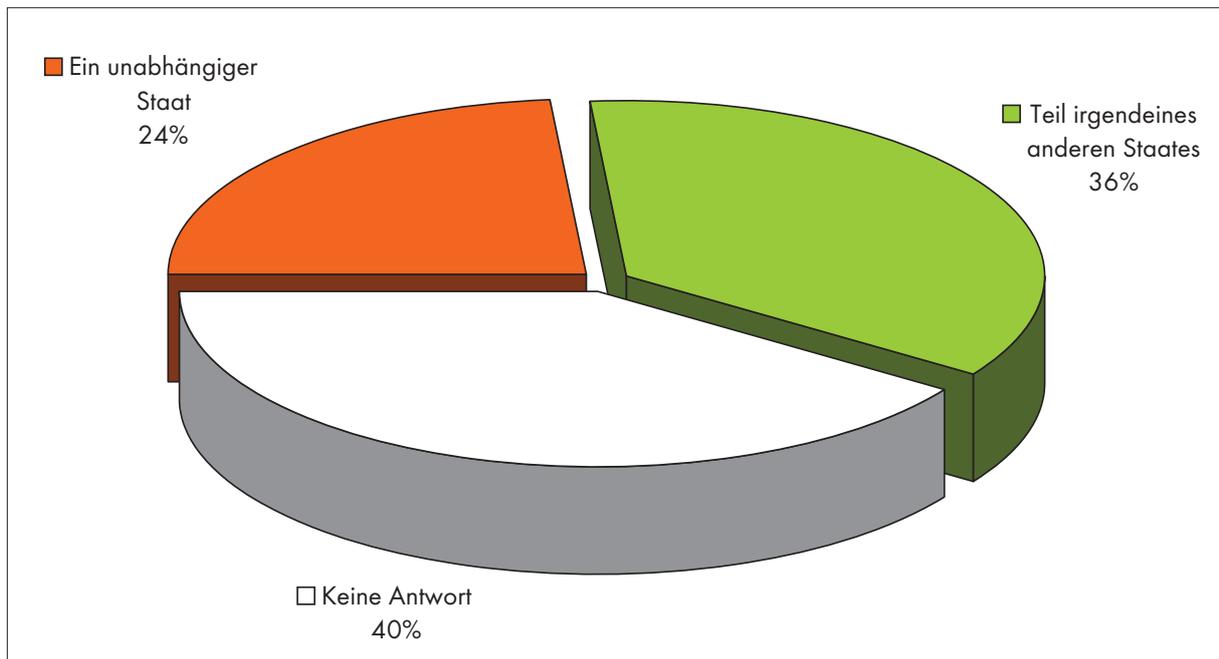


Was für einen Eindruck hat der georgische Präsident Michail Saakaschwili im Juni 2006 bei seinem Treffen mit Putin auf Sie gemacht?

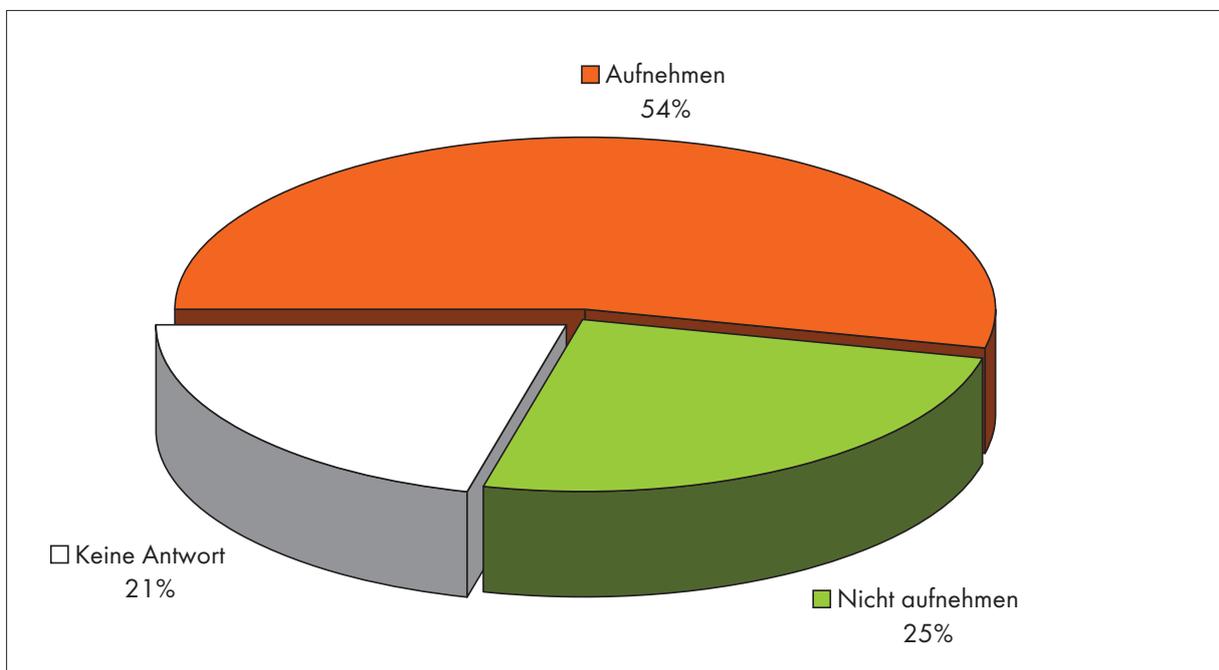


Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 17.–18.6. 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0624.zip>

Ist Abchasien ein unabhängiger Staat oder Teil eines anderen Staates? (Juli 2006)



Wenn Abchasien um Aufnahme in die Russische Föderation bittet, soll man es aufnehmen? (Juli 2006)



Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 29–30.7. 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0630.zip>

Chronik

Vom 28. September bis zum 5. Oktober 2006

28.9.2006	In Jaroslawl werden abermals Brandflaschen auf die Moschee geworfen und der umgebende Zaun mit Slogans beschmiert. Die Polizei kann zwei der Täter festnehmen.
28.9.2006	Die Gaspipeline Zentralasien-Zentrum wird durch eine Explosion beschädigt. Tschetschenische Guerillakämpfer erklären, die Explosion sei durch eine von ihnen gelegte Bombe beschädigt worden. Russische Stellen machen technische Fehler verantwortlich.
28.9.2006	Die russische Regierung zieht ihr Botschaftspersonal aus Tbilisi ab und unterbricht den Abzug der russischen Truppen aus Georgien. Präsidentensprecher Aleksej Gromov erklärt jedoch, der Abzug werde trotz der Spannungen fortgesetzt.
29.9.2006	Auf dem Wirtschaftsforum „Kuban-2006“ trifft Putin Gouverneure und Unternehmer der Südlichen Föderalregion.
1.10.2006	Der Befehlshaber der russischen Streitkräfte in Georgien, General Andrej Popow, erklärt, er habe seine Truppen in Alarmbereitschaft versetzt und ihnen für den Fall einer Gefahrensituation Schießbefehl erteilt.
1.10.2006	In Nordossetien verhaften Sicherheitskräfte Tschermen Tedejew, den Vorsitzenden der Jugendorganisation „Söhne Ossetiens“, um eine nicht angemeldete Demonstration zu verhindern, die die Rückgabe zweier jetzt inguschetischer Bezirke an Nordossetien fordern sollte.
2.10.2006	Enwer Siganschin, der Chefindenieur von „Rusia Petroleum“, der für TNK-BP an führender Stelle für die Erkundung des Kovkykta-Erdgasfeldes verantwortlich ist, wird in seiner Sauna von Unbekannten erschossen.
2.10.2006	Eine Gruppe von ca. 70 Angehörigen der Nationalbolschewistischen Partei demonstriert vor der Staatsduma und verlangt den in der Verfassung garantierten freien Zugang zu den Sitzungen. Die Polizei verhaftet 51 Demonstranten.
2.10.2006	Georgien übergibt die vier verhafteten russischen Offiziere an einen Beauftragten der OSZE, der sie den russischen Behörden überstellt.
2.10.2006	Die russische Regierung unterbricht jeglichen Land-, Luft- und Seeverkehr zwischen Russland und Georgien. Der Postverkehr wird eingestellt. Die Lieferung von Erdgas an Georgien wird jedoch fortgesetzt.
3.10.2006	In Moskau beginnen breit angelegte Kontrollen von Unternehmen, die georgischen Staatsbürgern gehören. An den Kontrollen beteiligen sich auch Mitarbeiter der Abteilungen zum Kampf gegen das organisierte Verbrechen.
3.10.2006	Die russische Regierung erklärt dem nordkoreanischen Botschafter, dass sie über den von Nordkorea angekündigten Atomwaffentest tief besorgt sei.
3.10.2006	Präsident Putin trifft in Uralsk (Kasachstan) mit seinem kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew zusammen. Die beiden Präsidenten erörtern bilaterale Fragen. Im Kontext des Treffens werden sechs Abkommen unterzeichnet.
4.10.2006	Putin empfängt die Fraktionsvorsitzenden der Duma und äußert sich dabei in scharfer Form über das Verhalten der georgischen Regierung. Nach dem Treffen bezeichnete Boris Gryslow, der Vorsitzende der Staatsduma, das Vorgehen der georgischen Führung als „Politik des Staatsterrorismus“ und erklärte, alle Maßnahmen, die die russische Gesetzgebung im Kampf gegen den Terrorismus vorsähe, seien auch gegen Georgien anwendbar.
5.10.2006	Die Tageszeitung „Kommersant“ berichtet, dass der Föderale Migrationsdienst eine georgische Abteilung einrichtet, die sich ausschließlich mit georgischen Migranten befassen wird.
5.10.2006	In Athen unterzeichnen Ministerpräsident Michail Fradkow und sein griechischer Amtskollege Konstantinos Karamanlis eine Erklärung über die Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum.
5.10.2006	Präsident Putin weist die Regierung an, Maßnahmen zur Regulierung der Lage auf den öffentlichen Märkten zu treffen, insbesondere im Hinblick auf illegale Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de